

Postdemokratie und soziale Demokratie

Oliver Eberl / David Salomon

Der Begriff der Postdemokratie ist nach anfänglichem Zögern (FNSB 2006) und gegen eine Reihe kritischer (Richter 2006; Sauer 2011) bis abwehrender Stimmen (Nolte 2011; Pelinka 2012) in der Politikwissenschaft mittlerweile als Gegenstand der Debatte etabliert (Nordmann et al. 2012). Der Erfolg beruht dabei hauptsächlich auf dem (zeit)diagnostischen, weniger dem analytischen Gehalt eines Konzepts, das eher beansprucht, unterschiedliche bereits untersuchte Dimensionen einer „Krise der Demokratie“ auf einen neuen Begriff zu bringen, als neue empirische Erkenntnisse darzulegen. Je nachdem, welche „Symptome der Postdemokratie“ (Crouch 2008, S. 30) ins Zentrum gestellt werden, kann die Diagnose als Nachfolgerin klassischer Spätkapitalismus-Theorien (Habermas 1973; Offe 2006) gedeutet werden (Schäfer 2009; Nachtwey 2010) oder als eine neue Variante von Demokratiekritik (Merkel 2011a; Haus 2012). Im ersten Fall erscheint die Postdemokratiethese als weiterer Beitrag zur Periodisierung des Kapitalismus.¹ Im Zweiten Fall fokussiert sie auf das notwendig gegebene Enttäuschungspotenzial von Demokratien (Sack 2011) und wirkt als politischer Kampfbegriff, der der Skandalisierung des gegenwärtigen Zustands der Demokratien dient (Blühdorn 2013, S. 116-125). Ob der Begriff auch das Potenzial hat, „als eine mobilisierende Programmformel sozialer Bewegungen“ (Buchstein u. Nullmeier 2006, S. 21) zu fungieren, ist weiterhin offen.

Gerade die doppelte Anschlussfähigkeit der Postdemokratiethese könnte ihren Erfolg in Wissenschaft und Feuilleton erklären, schienen doch die Krisenerfahrungen seit 2008 sowohl im Hinblick auf „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011; Schaal u. Ritzi 2012) als auch hinsichtlich der „Legitimationskrisen“ der Demokratie (Brunkhorst 2012) die Diagnose zu bestätigen. Für die Krise als Motor der Debatte spricht, dass in den neuesten Veröffentlichungen nicht mehr nur von einer Tendenz zur Entleerung formaler Demokratien ausgegangen wird, wie noch bei Colin Crouch (2008), sondern „Postdemokratie“ als gesicherte Diagnose verwendet wird. Hier zeigt sich eine Akzentverschiebung der Debatte: Sahen die Beiträge anfangs die politischen Systeme des Westens auf dem „Weg zur Postdemokratie“ (Jörke 2005), so gehen nun viele von einer vollzogenen „postdemokratischen Wende“ (Blühdorn 2006, 2013) aus, nehmen die Postdemokratie als Ausgangspunkt einer anzustrebenden „Neodemokratie“ (von

1 Andere Autoren sprechen in ähnlichem Zusammenhang auch von einem „autoritären Kapitalismus“ (Deppe 2008).

Beyme 2013) oder analysieren ausführlich die „Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit“ (Ritzi 2013). Dabei knüpfen keineswegs alle neueren Beiträge an Colin Crouch an. Die politisch-philosophische Variante des Konzepts von Jacques Rancière (1997, 2002, 2011), der gegenüber Crouch eine nicht-institutionalistische, radikale Variante vertritt, wurde besonders in der politischen Theorie rezipiert und diskutiert (Hirsch u. Voigt 2009; Brumlik 2010; Meyer 2011; Comtesse u. Meyer 2011; Schulz 2011). Der auf Rancière Bezug nehmende Diskursstrang weist freilich kaum Berührungspunkte zur Periodisierungsdiskussion des Kapitalismus auf, sondern schließt weit eher an seit einiger Zeit geführte Diskussionen um „das Politische“ und eine „radikale Demokratietheorie“ an (Laclau u. Mouffe 2006; Mouffe 2007; Marchart 2010; Bedorf u. Röttgers 2010; Abensour 2012; Agamben et al. 2012; Hardt u. Negri 2013).

Auch diese Vielheit an Bezügen und Kontexten mag ihren Anteil an dem merkwürdigen Umstand haben, dass der Postdemokratiebegriff trotz seines Erfolgs bisher nicht zu einem scharfen, politikwissenschaftlichen Analysekonzept geworden ist. Zu divers sind die Kriterien, zu vieldeutig die Indikatoren, zu assoziativ die empirischen Anwendungsfelder. Auf die Unbestimmtheit des Begriffs deutet auch die Verwendung von Ersatzkategorien wie „simulative Demokratie“ (Blühdorn 2013) oder „demokratischer Symbolismus“ (Richter 2013) hin, die einerseits erste Versuche sind, einen negativen Post-Begriff in einen positiven Beschreibungs-begriff zu überführen, andererseits aber auch auf fehlendes Vertrauen in die analytischen Gehalte des Postdemokratie-Konzepts schließen lassen.

Kann also die Unschärfe des Konzepts durchaus als Grund für seinen Erfolg gesehen werden, so bündelt es doch eine Vielzahl beobachtbarer Phänomene in den gegenwärtigen Demokratien. Für Crouch fasst der Postdemokratiebegriff insbesondere folgende Entwicklungen zusammen: eine zunehmende Passivierung der Bürger bei Wahlen (Crouch 2008, S. 10), die Fähigkeit großer Konzerne, politische Macht zu entfalten (Crouch 2008, S. 60-63; Crouch 2011, S. 179-189) die Auflösung tradierter Klassenstrukturen und mit ihnen korporatistischer Verhandlungsmechanismen (Crouch 2008, S. 71-90), die Erosion klassischer Mitgliederparteien (Crouch 2008, S. 91-100) und die „Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen“ (Crouch 2008, S. 101-132). Die Darstellung dieser Entwicklungen verbindet er mit der Erzählung eines parabelförmigen Geschichtsverlaufs, die von einem historischen Höhepunkt der Demokratie „ungefähr in der Mitte des 20. Jahrhunderts“ (Crouch 2008, S. 14) ausgeht. Dieser Bezugspunkt ist der eigentlich umstrittene Kern der Postdemokratie-Diagnose, weil er jenes ‚Davor‘ bestimmt, das sich die ‚Post‘-Demokratie scheinbar zum Maßstab ihrer Kritik nimmt. Auf diesen Bezugspunkt haben sich die Einwände besonders konzentriert. Auch wenn Crouch explizit von einem „Ideal“ bzw. einem „idealtypischen Modell“ (Crouch 2008, S. 9) spricht und auch für das „Postdemokratie“-Modell festhält, es sei „wie das maximalistische Ideal [...] eine Übertreibung“ (Crouch 2008, S. 10) hat seine These, das über Jahrzehnte erfolgreiche Demokratiemodell des Westens habe seinen Höhepunkt in der Nachkriegszeit erlebt und befinde sich nun in einem unübersehbaren Verfall, – wenig überraschend – den Vorwurf nostalgischer Rückwärtsgewandtheit auf sich gezogen (Blühdorn 2006; Sauer 2011; Pelinka 2012; Haus 2012; Merkel 2013). Die aller „Idealtypik“ zum Trotz vorge-

nommene konkrete Bestimmung eines „Augenblicks der Demokratie“, der nicht etwa in einem verfassungsgebenden Prozess erkannt wird, sondern in einer Situation verfasster politischer Kämpfe, „ruft unwillkürlich den zentralen Kritikpunkt an den Theorien der Postdemokratie auf den Plan. Es fällt nämlich schwer, diesen wahrhaft demokratischen Zustand ausfindig zu machen, gerade weil ja die ‚Fiktion‘ der Volkssouveränität eine immerwährende Begleiterscheinung der modernen Demokratie ist“ (Haus 2012, S. 227). Michael Haus deckt das in Crouchs zwischen Idealtypik und Realtypik oszillierendem Postdemokratie-Begriff angelegte Missverständnis auf, dass es einen „Moment der Demokratie“ wirklich gegeben hätte und betont zu Recht, dass Crouch aus theorieimmanenten Gründen niemals von einem verwirklichten Ideal sprechen kann. Hiermit schließt er an einen Aspekt an, den Ingeborg Maus als Arbeitsgrundlage normativer Demokratietheorie herausgearbeitet hat: Dem Ideal der Republik können sich die real existierenden Demokratien immer nur asymptotisch annähern (Maus 1998, S. 97), aber dieses Ideal dient „nicht etwa der Interpretation der bestehenden Vergesellschaftung, sondern ihrer Kritik und Veränderung“ (Maus 1992, S. 63). Dieses Selbstverständnis hat Folgen: Wer am Konzept der Volkssouveränität festhält, sieht diese tatsächlich „noch von keiner real existierenden Demokratie je eingeholt“ (Maus 1992, S. 15)² und bürdet den existierenden Zuständen und ihren Vertretern damit eine permanente Rechtfertigungslast auf. Dem entgehen Teile der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie durch eine Mäßigung ihrer Ansprüche. So spricht sich etwa Anton Pelinka für einen möglichst engen Demokratiebegriff aus, demzufolge nur solche Indikatoren für die bestehende oder nicht (mehr) bestehende Demokratie in einem Staatswesen formuliert werden sollten, die die formale *politische Gleichheit* der Bürger betreffen. Ein zu anspruchsvoller Demokratiebegriff, wie er dem Postdemokratiekonzept zugrunde liege, führe notwendigerweise dazu, dass kein historisch jemals existenter Zustand, es sei denn um den Preis der abstrahierenden Nostalgie, als demokratisch klassifiziert werden könne (Pelinka 2012, S. 28). Auch Wolfgang Merkel warnt vor zu anspruchsvollen Demokratie-Konzepten: „Fühlt man sich aber dem normativ höchst anspruchsvollen Konzept der ‚sozialen Demokratie‘ verpflichtet, wittert man allerorten nichts als Krise“ (Merkel 2013, S. 7).

In dieser Kritik liegt eine wahre Erkenntnis, zumal dann, wenn „Ideal(typus)“ und Vergangenheitszustand tendenziell identifiziert werden. Es lohnt sich daher zunächst nüchterner zu fragen, welche historisch einmal verwirklichten Elemente zur Vergleichsfolie der postdemokratischen Krisendiagnose werden. Crouch trauert genau besehen keineswegs dem konkreten Zustand der Demokratie der

2 Ohne dies in seiner weiteren Ausarbeitung wirklich zu entfalten, kommt Crouch diesen Überlegungen recht nahe, wenn er von den Modellen maximalistischer und postdemokratischer Demokratie als von „Polen“ spricht (Crouch 2008, S. 10-11) und einerseits betont, „daß wir uns dem postdemokratischen Pol immer mehr annähern“ (Crouch 2008, S. 11), andererseits aber auch bezogen auf maximalistische Demokratie schreibt: „Vielleicht wird dieses idealtypische Modell niemals vollständig verwirklicht werden, doch wie alle utopischen Ideale gibt es uns zumindest einen wichtigen Maßstab an die Hand“ (Crouch 2008, S. 9). Gerade die begriffliche Unentschiedenheit – Idealtypus, Modell, Ideal, Utopie – verweist jedoch auf das theoretische Desiderat des Crouchschen Entwurfs.

1950er-Jahre in all seinen Einzelheiten hinterher, sondern orientiert auf eine politische Konstellation, in der es gelungen war, „einen sozialen Kompromiß zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und denen der arbeitenden Bevölkerung herzustellen“ (Crouch 2008, S. 15). Dieser Kompromiss war Crouch zufolge historisch möglich, weil es eine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmer, einen umfassenden Sozialstaat, der zugleich funktional für den damaligen kapitalistischen Wachstumspfad war, und (wenn auch innerhalb der westlichen Staaten in unterschiedlichem Maß und mit unterschiedlichen Ergebnissen) vitale gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen gab. Wolfgang Merkel legt durchaus die richtige Fährte, wenn er in diesem Zusammenhang auf den Begriff der „sozialen Demokratie“ rekurriert. Denn Crouch offenbart tatsächlich genau hier einen impliziten demokratiethoretischen normativen Maßstab, der der konkreten Form der Demokratie im „demokratischen Augenblick“ nicht sofort anzusehen ist: „Während des demokratischen Augenblicks war ein populäres Anliegen besonders wichtig: Die Macht der Regierung sollte genutzt werden, um die Konzentration privater Macht zu begrenzen“ (Crouch 2008, S. 35). In diesem Anliegen steckt das Programm der sozialen Demokratie, die wir in diesem Schwerpunkt als demokratiethoretische Bezugsgröße der Postdemokratie-Debatte einführen wollen. Wir sehen damit den Konkretismus Crouchs normativ entlastet und zugleich das Konzept gestärkt. Der „demokratische Augenblick“ wird in der bundesdeutschen Diskussion der Fünfzigerjahre und im Kontext des Streits um eine wirtschaftliche Neuordnung von der Position Wolfgang Abendroths markiert. Soziale Demokratie bedeutet „die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft [...] erweitert wird“ (Abendroth 2008a, S. 416). Die Erfahrung des Faschismus habe gezeigt, dass die Kräfteverhältnisse im Sozialen (insbesondere in der Wirtschaft) letztlich darüber entschieden, „ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift“ (Abendroth 2008a, S. 415). Abendroth sah daher – in diesem Punkt nah an Crouch – gerade in den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, den Gewerkschaften, die die im Grundgesetz „enthaltene Zielsetzung“, ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 und 28.) zu sein verkörpern, „die natürlichen Hüter der Demokratie“ (Abendroth 2008b, S. 229)³. Wie die bereits zitierte ideale Republik diene somit auch das „Ideal“ (oder besser: die Forderung nach) sozialer Demokratie „nicht etwa der Interpretation der bestehenden Vergesellschaftung, sondern ihrer Kritik und Veränderung“ (Maus 1992, S. 63). Nicht eine verwirklichte soziale Demokratie, sondern der (nur teilweise erfolgreiche) Streit um die Etablierung von *Elementen* sozialer Demokratie kennzeichnete somit die Nachkriegszeit. Just diese Auseinandersetzungen werden in der Postdemokratie hingegen verdrängt. Liest man Crouchs scheinbar nostalgische Erinnerung an das „Goldene Zeitalter der Demokratie“ im Lichte dieser sozialen Demokratiethorie, dann bekommen sie einen anderen als den von ihm

3 Zu Abendroths Konzeption im Kontext aktueller Debatten siehe auch Urban 2012, Eberl u. Salomon 2012.

selbst betonten Sinn eines parabelförmigen Niedergangs der Demokratie. Als tatsächlicher Idealtypus hilft sie vielmehr Abstände zwischen „Ideal“ und historischer „Wirklichkeit“ (in Vergangenheit und Gegenwart) zu bestimmen. Allerdings lässt sich mit ihrer Hilfe der Rückbau historisch bereits verwirklichter Elemente sozialer Demokratie durchaus als Substanzverlust und Transformation des Demokratischen deuten. Als zeitdiagnostischer Begriff vor dem Hintergrund eines weitergehenden analytischen Konzepts sozialer Demokratie erscheint der Begriff „Postdemokratie“ somit durchaus als (relativ) konsistent: „Postdemokratie“ bezeichnet dann weniger einen Zustand *nach* der Demokratie, als einen Zustand, in dem die Forderung nach einer sozialen Demokratisierung als Alternative zur schmalen liberalen Demokratie und mithin die vitale Auseinandersetzung um die Gestalt der Demokratie und ihr Verhältnis zur Gesellschaft zu verblässen scheint (Salomon 2012, S. 131).⁴

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen muss es unbefriedigend bleiben, den „demokratischen Augenblick“ als „sozialdemokratischen Moment“ zu verstehen und damit erneut historisch zu konkretisieren (Meyer 2013).⁵ Stattdessen sollten die impliziten Annahmen Crouchs in zweierlei Hinsicht rekonstruiert werden, die der doppelten Anschlussfähigkeit an eine Periodisierung des Kapitalismus und an demokratietheoretische Fragen entsprechen. Zum einen thematisiert „Postdemokratie“ die Reichweite sozialökonomisch generierter Macht in die Politik, zum Zweiten die Reichweite demokratischer Regulation des Sozialen. Crouch stellt nicht zufällig „[d]as globale Unternehmen“ (Crouch 2008, S. 45), bzw. „[m]arktbeherrschende Konzerne“ (Crouch 2011, S. 79) ins Zentrum seiner Analyse. Auch wenn er dazu tendiert in einer Orientierung auf „Zivilgesellschaft und Moral“ (Crouch 2011, S. 203) den erfolgversprechenden Weg einer demokratischen Bändigung von Konzernmacht zu sehen, bleibt seine Diagnose anschlussfähig an weitergehende Konzepte sozialer Demokratisierung, wie sie etwa in der gerade entstehenden Debatte um neue Konzepte einer „Wirtschaftsdemokratie“ (Demirović 2007; Meine et al. 2011), bezogen auf europäische Verfassungsgebungsprozesse (Eberl 2009) oder auch in Debatten um die Konstitutionalisierung globaler sozialer Rechte (Fischer-Lescano u. Möller 2012) Kontur gewinnen.

Gerade mit Blick auf die Globalisierung wird das neue – postdemokratische – Verhältnis von sozialökonomischer und politischer Macht erkennbar: „Die unmittelbare Politisierung ökonomischer Macht hebt den gesellschaftlichen Befreiungsschlag wieder auf, der sich mit der Ausdifferenzierung von Staat und Gesellschaft verband – dabei zugleich die ersten ‚sozialstaatlichen‘ Selbsteinwirkungen der Gesellschaft ermöglichend –, und unterwirft die ökonomisch Abhängigen privaten Normierungen, die das Ausmaß staatlicher Sanktionen erreichen, ohne noch der Kontrolle (geschweige denn der Urheberschaft) der gesellschaftlichen Basis unterworfen zu sein“ (Maus 2010, S. 66-67). In postdemokratischen

4 Einen Zusammenhang zwischen liberaler Demokratiekonzeption und Postdemokratie stellt Crouch (2008, S. 9) explizit her.

5 Anders als das Englische ermöglicht es das Deutsche zwischen Sozialdemokratie als einer politischen Richtung und sozialer Demokratie als einer programmatischen Forderung zu unterscheiden.

Zuständen sind notwendige Einschränkungen der Umsetzung sozialer Macht in politische Entscheidungen außer Kraft gesetzt, denn „die *Umsetzung* sozialer Macht in die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse darf sich nur unter Bedingungen der Transparenz vollziehen. Versuche der politischen Einflussnahme dürfen nicht an den üblichen Kanälen der politischen Öffentlichkeit vorbei unternommen werden“ (Habermas 2008, S. 173). Intransparente Einflussnahme gehört aber zum postdemokratischen Alltag. Die Rekonstruktion einer sozialen Demokratietheorie im Kontext der Postdemokratiedebatte muss dabei zur Kenntnis nehmen, dass das Interesse an einer Rückgewinnung demokratischer Kontrolle von unten in den am stärksten von sozialem Rückbau betroffenen Schichten abnehmend ist (Schäfer 2009). Theoretische, historische und empirische Untersuchungen haben dargelegt, dass auch klassische Formen direkter Demokratie (Volksbefragungen, Volksbegehren, Volksentscheide) der „Krise der Partizipation und Repräsentation“ (Deppe 2008, S. 19) nicht entgegenwirken können (Maus 2011, S. 20; Losurdo 2008; Merkel 2011b; Jörke 2011): „Insofern besteht das Problem einer Rekonstruktion von Volkssouveränität unter diesen Bedingungen neokorporatistisch fragmentierter Macht und partikularisierter gesellschaftlicher Ohnmacht darin, für die letztere eine neue Einflußnahme auf die erstere zu institutionalisieren“ (Maus 2011, S. 12). Ingeborg Maus’ „Vorschlag besteht in einer Dezentralisierung der Gesetzgebung, die der Dezentralisierung der Politik entspricht und zugleich deren demokratieverhindernde Folgen aufhebt“ (Maus 2011, S. 12).

Der im vorliegenden Schwerpunkt unternommene Versuch, das Postdemokratiekonzept zu schärfen, indem die Postdemokratiedebatte im Lichte sozialer Demokratie rekonstruiert wird, kann also einerseits helfen, den normativen Gehalt der Postdemokratie-These genauer zu bestimmen und wirft andererseits analytische Fragen auf, die in klassischen Theorien sozialer Demokratie zu wenig beachtet wurden oder – angesichts der Transformationen des Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung – einer Neufassung bedürfen: Analytisch können so die Verfallstendenzen von Elementen sozialer Demokratie, die in der Nachkriegszeit in unterschiedlichen Modellen des Wohlfahrtsstaates Bestandteile der westeuropäischen politischen Ordnungen wurden (Streeck 2013), besser erfasst werden und normativ kann nach Tendenzen und Wegen einer *zeitgemäßen* Form sozialer Demokratie gesucht werden. Demokratische Kontrolle auszuweiten, ist dabei das erste Ziel oder – mit Habermas (1968, S. 159) – das „erkenntnisleitende Interesse“ der nachfolgenden Beiträge:

Wenn es richtig ist, dass „Postdemokratie“ im Wesentlichen in einer Neujustierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik besteht, so muss sich Politikwissenschaft über die grundsätzliche Frage nach der Möglichkeit einer Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse Klarheit verschaffen. *Frank Nullmeier* steckt mit seinem Beitrag zur „Politischen Theorie der Marktökonomie“ einen Rahmen ab, in dem sich Konzeptionen einer zeitgemäßen sozialen Demokratie verorten können: Lassen sich Märkte überhaupt demokratisieren oder zumindest nach gerechten bzw. moralischen Prinzipien gestalten? Wo könnte eine Neufassung des Projekts sozialer Demokratie ansetzen?

Den Geschlechterverhältnissen als blindem Fleck der Crouchschen Postdemokratie wendet sich *Gundula Ludwig* aus einer feministischen Perspektive zu. Die Geschlechterbeziehungen erscheinen in ihrer Analyse als prominentes Beispiel einer „Entpolitisierung des Sozialen“. Wie steht es um Kontinuitäten zwischen liberaler Demokratiekonzeption und Postdemokratie? Erfordert ein Konzept radikaler Demokratisierung eine Revision zentraler Kategorien der Demokratietheorie (etwa „Konsens“ und „Einheit des demos“)?

Das sozial induzierte Ungleichgewicht an politischen Beteiligungsverfahren steht im Zentrum des Beitrags von *Dirk Jörke*. Dabei diskutiert er Vorschläge wie die Einführung einer Wahlpflicht oder von Losverfahren: Wie kann der Einfluss gesellschaftlich Ohnmächtiger auf politische Entscheidungen erhöht werden? Inwiefern könnte ein gruppenspezifisches Vetorecht der politischen Marginalisierung sozialer Unterschichten entgegensteuern?

In der Geschichte der bundesdeutschen Nachkriegszeit waren Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Kompromiss, den weitergehende Forderungen nach einer wirtschaftsdemokratischen Neuordnung erreichen konnten. Wie *Oliver Nachtwey und Ulrich Brinkmann* herausarbeiten, basieren Mitbestimmungsrechte auf der Grundlage ungleicher Positionen im Betrieb: Wie steht es um „industrielle Bürgerrechte“ in einer Zeit, in der prekäre Beschäftigungsformen (Leiharbeit, Werkverträge) zunehmen? Inwiefern lässt sich die postdemokratische Entpolitisierung des Sozialen in den Betrieben erkennen?

Wie bereits Jürgen Habermas (1998) herausarbeitet, können demokratische und soziale Fragen heute nicht mehr allein bezogen auf den Nationalstaat behandelt werden. Die Transnationalisierung der Administration im Kontext komplexer Mehrebenensysteme ist – zumal in Europa – zu weit fortgeschritten als dass von ihren Rückwirkungen auf nationale (Post)Demokratien abstrahiert werden könnte. *Michèle Knodt* konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die demokratiepolitischen Konsequenzen einer „semi-permeablen“ Verwaltung: Wie gelingt es mächtigen Wirtschaftsakteuren Einfluss auf politische Entscheidungen im europäischen Kontext zu nehmen? Kann bezogen auf Europa – das sich bislang nie in einem Zustand verwirklichter Demokratie befunden hat – von Postdemokratie gesprochen werden?

Die Beiträge zeichnen ein vielschichtiges – wenn auch sicher nicht erschöpfendes – Bild der „postdemokratischen Konstellation“ (Blühdorn 2012). Im Wesentlichen ist diese gekennzeichnet von einer Entwicklung, in der sich Machteliten zunehmend weniger in der Pflicht sehen, den Gleichheitsinteressen subalternen Gruppen Zugeständnisse machen zu müssen. Mit dieser Entwicklung korrespondiert der relative Machtverlust gerade jener sozialen Akteure, die programmatisch (wenn auch nicht ungebrochen) für die Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie standen. Der Pluralität von sozialen Lagen, divergierenden gesellschaftlichen Rollen und Interessen in demokratischen Verfahren Rechnung zu tragen, erfordert ein äußerst komplexes und auch revidierbares System der Institutionalisierung von Repräsentationsformen, Gestaltungs- und Vetorechten, mit dem ein auf Bundes- oder Länderebene angesiedeltes politisches System überfordert wäre. Die Rekonstruktion sozialer Demokratie kann somit nur als Projekt gelingen, das sich auf alle Ebenen der Politik erstreckt. Mit diesem Schwerpunkt ist die

Hoffnung verbunden, eine Diskussion anzustoßen, die das Soziale der Demokratie als bislang nur impliziten peripheren Bezugspunkt postdemokratischer Krisendiagnose analytisch und normativ ins Zentrum politikwissenschaftlicher Forschung rückt.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang. 2008a. Demokratie als Institution und Aufgabe. In *Gesammelte Schriften Bd. 2. 1949-1955*, Hrsg. Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, 407-416. Hannover: Offizin.
- Abendroth, Wolfgang. 2008b. Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie. In *Gesammelte Schriften Bd. 2. 1949-1955*, Hrsg. Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, 221-230. Hannover: Offizin.
- Abensour, Miguel. 2012. *Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellistische Moment*. Berlin: Suhrkamp.
- Agamben, Giorgio, Alain Badiou, Daniel Bensaïd, Wendy Brown, Jean-Luc Nancy, Jacques Rancière, Kristin Ross und Slavoj Žižek. 2012. *Demokratie?. Eine Debatte*. Berlin: Suhrkamp.
- Bedorf, Thomas, und Kurt Röttgers (Hrsg.). 2010. *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von. 2013. *Von der Postdemokratie zur Neodemokratie*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blühdorn, Ingolfur. 2006. Billig will Ich. Postdemokratische Wende und simulative Demokratie. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4): 72-83.
- Blühdorn, Ingolfur. 2012. Die postdemokratische Konstellation. In *Demokratie! Welche Demokratie?: Postdemokratie kritisch hinterfragt*. Hrsg. Jürgen Nordmann, Katrin Hirte und Walter Otto Ötsch, 69-91. Marburg: Metropolis.
- Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Brumlik, Micha. 2010. Neoleninismus in der Postdemokratie. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2010: 105-116.
- Brunkhorst, Hauke. 2012. *Legitimationskrise. Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Buchstein, Hubertus, und Frank Nullmeier. 2006. Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4): 16-22.
- Comtesse, Dagmar, und Katrin Meyer. 2011. Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie. *Zeitschrift für Politische Theorie* 2: 63-75.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2011. *Das befremdliche Überleben der Neoliberalismus. Postdemokratie II*. Berlin: Suhrkamp.
- Demirović, Alex. 2007. *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Deppe, Frank. 2008. Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus?. In *Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus*, Hrsg. Frank Deppe, Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban, 10-45. Hamburg: VSA.

- Eberl, Oliver. 2009. Soziale Demokratie in Europa zwischen Konstitutionalismus und Etatismus. In *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Hrsg. Andreas Fischer-Lescano, Florian Rödl, Christoph U. Schmid, 245-258. Baden-Baden: Nomos.
- Eberl, Oliver, und David Salomon. 2012. Zum Verhältnis von Wirtschaftsdemokratie und sozialer Demokratie. In *Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth*, Hrsg. Andreas Fischer-Lescano, Joachim Perels und Thilo Scholle, 197-214. Baden-Baden: Nomos.
- Fischer-Lescano, Andreas, und Kolja Möller. 2012. *Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Größte*. Berlin: Wagenbach.
- FNSB. 2006. Postdemokratie – Ein neuer Diskurs? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4).
- Habermas, Jürgen. 1968. Erkenntnis und Interesse. In *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, 146-168. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1998. *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2008. Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? In *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*, 138-191. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hardt, Michael, und Antonio Negri. 2013. *Demokratie!. Wofür wir kämpfen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Haus, Michael. 2012. Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs. In *Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt*, Hrsg. Björn Egner, Michael Haus und Georgios Terizakis, 135-155. Wiesbaden: Springer VS.
- Hirsch, Michael, und Rüdiger Voigt (Hrsg.). 2009. *Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken*. Stuttgart: Steiner.
- Jörke, Dirk. 2005. Auf dem Weg zur Postdemokratie. *Leviathan* 33: 482-491.
- Jörke, Dirk. 2011. Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 61 (1-2): 13-18.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 2006. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Losurdo, Domenico. 2008. *Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts*. Köln: PapyRossa.
- Marchart, Oliver. 2010. *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Maus, Ingeborg. 1992. *Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Maus, Ingeborg. 1998. Volkssouveränität und das Prinzip der Nichtintervention in der Friedensphilosophie Immanuel Kants. In *Einnischung erwünscht? Menschenrechte und bewaffnete Intervention*, Hrsg. Hauke Brunkhorst, 88-116. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Maus, Ingeborg. 2010. Verfassung und Verfassungsgebung. Zur Kritik des Theorems einer „Emergenz“ supranationaler und transnationaler Verfassungen. In *Staatliche Souveränität und transnationales Recht*, Hrsg. Regina Kreide und Andreas Niederberger, 27-69. München: Hampp.

- Maus, Ingeborg. 2011. *Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.
- Meine, Hartmut, Michael Schumann und Hans-Jürgen Urban (Hrsg.). 2011. *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* Hamburg: VSA
- Merkel, Wolfgang. 2011a. Die Krise der Demokratie als politischer Mythos. In *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Hrsg. Harald Bluhm, Karsten Fischer und Marcus Llanque, 433-448. Berlin: Akademie Verlag.
- Merkel, Wolfgang. 2011b. Volksabstimmungen: Illusion und Realität. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (44-45): 47-55.
- Merkel, Wolfgang. 2013. Gibt es eine Krise der Demokratie? Mythen, Fakten und Herausforderungen. *wzb Mitteilungen* 139: 6-9.
- Meyer, Thomas. 2013. Die Zukunft der sozialen Demokratie. Ressourcen, Programme, Bündnisse. In *Die Gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert*, Hrsg. Christian Kellermann und Henning Meyer, 248-264. Berlin: Suhrkamp.
- Meyer, Katrin. 2011. Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. *Leviathan* 39: 21-38.
- Mouffe, Chantal. 2007. *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver. 2010. Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus revisited. In *Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands*, Hrsg. Karina Becker, Lars Gertenbach, Henning Laux und Tilman Reitz, 359-379. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Nolte, Paul. 2011. Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (1-2): 5-12.
- Nordmann, Jürgen, Katrin Hirte und Walter Otto Ötsch (Hrsg.). 2012. *Demokratie! Welche Demokratie?: Postdemokratie kritisch hinterfragt*. Marburg: Metropolis.
- Offe, Claus (1972). 2006. *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Mit einem neuen Vor- und Nachwort von Claus Offe*, Hrsg. Jens Borchert und Stephan Lessenich. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Pelinka, Anton. 2012. Wider die Nostalgie, wider das Wunschdenken. Koreferat zu Colin Crouchs Festvortrag. In *Demokratie! Welche Demokratie?: Postdemokratie kritisch hinterfragt*, Hrsg. Jürgen Nordmann, Katrin Hirte und Walter Otto Ötsch, 25-33. Marburg: Metropolis.
- Rancière, Jacques. 1997. Demokratie und Postdemokratie. In *Politik der Wahrheit*, Hrsg. Alain Badiou, Jacques Rancière, Rado Riha und Jelica Sumic, 94-122. Wien: Turia + Kant.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ranciere, Jacques. 2011. *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August.
- Richter, Emanuel. 2006. Das Analysemuster der Postdemokratie. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4): 23-37.
- Richter, Emanuel. 2013. Demokratischer Symbolismus. Ein Instrument zur Kritik der Erscheinungsformen von Demokratie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (1): 19-32.

- Ritzi, Claudia. 2013. *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie. Theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, i. E.
- Ritzi, Claudia, und Gary S. Schaal. 2010. Politische Führung in der Postdemokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (2-3): 9-1.
- Sack, Detlef. 2011. Postdemokratie, Ironie und Gerechtigkeit – zum Umgang mit dem Enttäuschungspotenzial demokratischer Herrschaft, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 40: 49-65.
- Salomon, David. 2012. Der Bürger als Edelmann? Zur Kritik liberaler und postdemokratischer Konzepte des politischen Subjekts. In *Demokratie! Welche Demokratie?: Postdemokratie kritisch hinterfragt*. Hrsg. Jürgen Nordmann, Katrin Hirte und Walter Otto Ötsch, 113-137. Marburg: Metropolis.
- Sauer, Birgit. 2011. Feministische Anmerkung zur „Postdemokratie“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (1-2): 32-36.
- Schaal, Gary S., und Claudia Ritzi. 2012. Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie. *Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik*. http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012_Schaal-Ritzi.pdf; zugegriffen 10.7.2013.
- Schäfer, Armin. 2010. Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4: 131-156.
- Schäfer, Armin. 2009. Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus, Postdemokratie. *der moderne staat* 2: 159-183.
- Schulz, Daniel. 2011. Jenseits von Postdemokratie und Neojacobinismus. Die Demokratiediskussion in der politischen Theorie Frankreichs. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21: 327-339.
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*. Berlin: Suhrkamp.
- Urban, Hans-Jürgen. 2012. Gewerkschaftspolitik in kapitalistischen Demokratien. Essentials und Anregungen aus der Abendroth'schen Gewerkschaftskonzeption. In *Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth*, Hrsg. Andreas Fischer-Lescano, Joachim Perels und Thilo Scholle, 173-196 Baden-Baden: Nomos.

Autorenangaben:

Dr. Oliver Eberl,
Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloss,
64283 Darmstadt,
eberl@pg.tu-darmstadt.de
[Korrespondenzautor]

Dr. David Salomon,
Universität Siegen, Fakultät 1, Politikwissenschaft und Politische Bildung,
Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen,
david.salomon@uni-siegen.de